

Statement

von

Peter Driessen

Hauptgeschäftsführer

des

Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der

Bayerischen Konjunkturpressekonferenz

am 13.10.2009, 10:30 Uhr,

IHK München, Clubraum

Bayerische Wirtschaft taucht aus Rezession auf

Sehr geehrte Damen und Herren,

der rasante Absturz der bayerischen Wirtschaft ist zu Ende. Die weltweiten Konjunkturprogramme scheinen zu greifen, die Unternehmen atmen auf. Vor allem die Exporteure hoffen auf bessere Geschäfte. Von Entwarnung kann jedoch noch nicht die Rede sei, denn auf mittlere Sicht stehen unruhige Zeiten bevor. Die Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Monaten steigen und damit die Entwicklung auf dem Binnenmarkt, konkret den Privaten Verbrauch, bremsen. Nach wie vor liegen Kapazitätsauslastung und Erträge am Boden. Dies ergab die Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter mehr als 3.100 Unternehmen.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist nach seinem zweitniedrigsten Ergebnis im Frühjahr um 17 Zähler auf 97 Punkte deutlich angestiegen. Er liegt damit jedoch weiterhin unter dem Niveau vom Herbst 2008.

Auf breiter Front bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage etwas besser als noch im Frühsommer. Insgesamt stieg der Saldo der Geschäftslage von –20 Punkte

auf –12 Punkte an. Dies ist ein Zeichen, dass die konjunkturelle Talsohle in den Sommermonaten durchschritten wurde.

Den starken Anstieg des BIHK-Index haben jedoch die deutlich besseren Perspektiven für die nächsten sechs Monate ausgelöst. Der Saldo der Geschäftserwartungen drehte von –20 Punkte auf +6 Punkte ins Plus. Damit überwiegen erstmals seit Sommer 2008 wieder die Optimisten. Zugleich stiegen die Erwartungen zum zweiten Mal in Folge an. Auch dies ist ein klares Signal, dass der Abwärtstrend gestoppt ist.

Nachdem die Wirtschaftsleistung in Deutschland im 1. Quartal 2009 um 3,5 % eingebrochen war, konnte niemand mit Sicherheit sagen, wann und auf welchem Niveau der Absturz endet. Mit dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im 2. Quartal um 0,3 % und den positiven Signalen für eine weitere Stabilisierung hat die Unsicherheit spürbar nachgelassen. Doch den Unternehmen ist bewusst, dass es zur Normalität noch ein weiter und steiniger Weg ist. Denn die derzeitige weltweite konjunkturelle Stabilisierung wird im Wesentlichen von Konjunkturprogrammen und einer sehr expansiven Geldpolitik gestützt. Die entscheidende Frage ist, wann sich ein selbsttragender Aufschwung herausbildet und die Weltwirtschaft ohne staatliche Stützungsprogramme auskommt. Gerade in Deutschland werden in den nächsten

Monaten noch konjunkturelle Belastungen auftreten, wie durch die zu erwartende steigende Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit wird steigen – moderater als befürchtet

Die bayerischen Unternehmer werden in den kommenden Monaten Personal abbauen, jedoch nicht in dem Ausmaß, wie im Frühsommer befürchtet. Hierzu tragen auch die im Rahmen des Konjunkturprogramms wesentlichen Verbesserungen bei der Kurzarbeit bei. Der Saldo der Beschäftigungspläne ist deutlich von –29 Punkte auf –19 Punkte angestiegen. Zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Mitarbeiter halten, mehr als ein Viertel (Sommer: 35 %) plant Entlassungen. Allerdings: Nur sieben Prozent wollen ihr Personal aufbauen.

Auch die Investitionspläne der Unternehmen sind nach wie vor historisch niedrig. Die Investitionsbereitschaft ist zwar parallel mit den Beschäftigungserwartungen von –28 Punkte auf –20 Punkte angestiegen. Aber immer noch kürzen 34 % ihre Investitionsausgaben und 12 % wollen sie komplett zusammenstreichen. Damit bleiben Impulse für den Arbeitsmarkt aus, denn ohne Investitionen entstehen kaum neue Stellen.

Wie sehen nun die Ergebnisse bei den wichtigsten Details aus?

Dramatischer Auftragsrückgang gestoppt

Sogenannte Spätindikatoren der BIHK-Umfrage sind die Geschäftslage der vergangenen sechs Monate, das Auftragsvolumen aus dem In- und Ausland sowie die derzeitige Kapazitätsauslastung.

Die Lage in der Industrie ist weiter schlecht. Nachdem im Sommer 50 % der Unternehmen mit ihren Geschäften unzufrieden waren, gaben dieses Votum aktuell immer noch 43 % ab. Nach den dramatischen Auftragseinbrüchen in den Wintermonaten mussten die Unternehmen auch in den Sommermonaten mehrheitlich Auftragseinbußen hinnehmen. Mittlerweile klagt die Hälfte der Unternehmen über eine zu niedrige Kapazitätsauslastung.

Die dramatischen Einbrüche sind jedoch zu Ende. Die Unternehmen sind nicht mehr ganz so unzufrieden und auch die Auftragseinbrüche fielen geringer aus als zuvor. So stieg der Saldo der Lageurteile von –38 Punkte auf –29 Punkte und der Saldo des Auftragsvolumens von –68 Punkte auf –40 Punkte an. Damit hat die Industrie in den Sommermonaten die konjunkturelle Talsohle durchschritten.

Besonders die Investitions- und Vorleistungsgüterproduzenten leiden stark unter der geringen Nachfrage. Wenn Maschinen nur auf Sparflamme laufen, denkt kein Unternehmer an neue Maschinen und auch der Materialbedarf fällt geringer aus. Dies zeigen auch unsere Ergebnisse. Aktuell bezeichnen immer noch 45 % der Vorleistungsgüterproduzenten und 50 % der Investitionsgüterproduzenten ihre derzeitige Geschäftslage als schlecht. Beide Hauptgruppen haben in den vergangenen Monaten weitere, allerdings nicht mehr ganz so starke Auftragseinbußen hinnehmen müssen. Insgesamt ist die Unterauslastung damit jedoch weiter angestiegen: Mittlerweile arbeiten 60 % der bayerischen Investitions- und Vorleistungsgüterproduzenten mit unbefriedigender Kapazitätsauslastung.

Diese gedämpfte Entwicklung in der Industrie beeinflusst direkt und indirekt andere Branchen. Teile des Großhandels hängen direkt von der Industrie ab. Sowohl im In- wie im Ausland mussten die Großhändler weitere Umsatzeinbußen hinnehmen. Nach dem scharfen Einbruch zu Beginn des Sommers ist der Saldo der Lageurteile mit –12 Punkten (–15 Punkte) nahezu unverändert geblieben. Erneut sind die Umsätze aus dem In- und Ausland bei fast 60 % der Unternehmen gesunken.

Der Gewerbebau ist direkt von der Investitionsbereitschaft der Industrie abhängig. Die Aufträge sind massiv eingebrochen. Die Branche kann dies durch die staatlichen Konjunkturprogramme nur teilweise kompensieren. Insgesamt aber laufen die Geschäfte bei den Bauunternehmen saisonbedingt etwas besser als zuvor. Dies zeigt der von -4 Punkte auf +7 Punkte angestiegene Saldo der Geschäftslage.

Deutlich weniger steil als in der Industrie verlief die Talfahrt bei den Dienstleistern. Sie stabilisieren auch weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern. Nachdem der Saldo der Lageurteile im Sommer noch mit -3 Punkten knapp im Minus lag, stieg er aktuell bereits wieder auf +5 Punkte an. Trotz Auftragsverlusten leiden z.B. die Berater vergleichsweise wenig, über die gesamte Rezession hinweg haben die zufriedenen Stimmen überwogen. Demgegenüber hatte die Rezession die Zeitarbeitsfirmen auch noch im Sommer fest im Griff.

Nur indirekt hängt die Entwicklung des Einzelhandels von der Industrie ab. Der bayerische Einzelhandel profitierte in den Sommermonaten von den stabilen Preisen, dem noch robusten Arbeitsmarkt und der Abwrackprämie. Ihre aktuelle Geschäftslage bewerten die Einzelhändler daher besser als im Frühsommer. Der Saldo der Lageurteile stieg von -6 auf +1 Punkt an.

Für die nächsten Monate überwiegt die Hoffnung

Die Entwicklung der Geschäfts- und Auftragserwartungen sowie die erwartete Kapazitätsauslastung zeigen an, wohin die Entwicklung in den nächsten Monaten geht: Alle diese Indikatoren stimmen zuversichtlich. Nach wie vor scheint die Industrie die Lokomotive für die übrige Wirtschaft zu sein und sie rollt wieder an.

Erstmals seit Sommer 2008 gibt es in der Industrie mehr Optimisten als Pessimisten. Der Saldo der Geschäftserwartungen stieg äußerst stark von –22 Punkte auf +15 Punkte. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sich ihre Auftragsbücher wieder füllen. Mit einer Belebung des Inlandsgeschäfts rechnen 30 % der Befragten, 36 % bauen darauf, dass der Export anzieht. Deutlich mehr Unternehmer wollen ihre Kapazitätsauslastung wieder erhöhen als drosseln. Die immer noch hohe Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähige Produkte sorgen dafür, dass Deutschland von der Stabilisierung der Weltmärkte profitiert.

Die positiven Zeichen aus der Industrie lassen auch die Großhändler aufatmen. Sie blicken nun deutlich optimistischer in die Zukunft als noch im Sommer. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist von –27 Punkte auf +2 Punkte geklettert. Ebenso positiv sind die Aussichten in Teilen der Dienstleistungsbranche, wo der Saldo von –12 Punkte auf

+16 Punkte klar ins Plus gedreht hat. Besonders stark ist der Stimmungswandel bei den Zeitarbeitsfirmen, die sich überwiegend optimistisch zeigen.

Diese Zuversicht darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns die wirtschaftliche Schwächephase noch eine ganze Weile in Atem halten wird. Denn zurück zum alten Produktionsniveau ist es ein weiter und beschwerlicher Weg. Dies zeigen vor allem die Personalplanungen der Industrie: Jedes dritte Unternehmen geht davon aus, Mitarbeiter entlassen zu müssen, lediglich 5 % wollen zusätzliche Jobs schaffen. Die Beschäftigungsperspektiven sind damit in der Industrie nach wie vor am schlechtesten.

Unter den trüben Aussichten für den Arbeitsmarkt leiden insbesondere die Einzelhändler. Sie fürchten, dass die steigende Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zu Umsatzeinbußen führt. Diese Skepsis drückt sich in ihren zwar besseren, jedoch nach wie vor überwiegend pessimistischen Geschäftserwartungen aus. Der Saldo ist von -25 Punkte auf -7 Punkte deutlich angestiegen. Besonders düster blicken die Kfz-Händler in die Zukunft. Nach dem Auslaufen der Abwrackprämie rechnen sie mit massiven Umsatzeinbrüchen. Diese vorgezogenen Käufe werden ihnen in den kommenden Monaten und Jahren schmerzlich fehlen.

Auch bei Investitionen setzt die Industrie weiter den Rotstift an: Nach 8 % im Sommer haben jetzt 10 % der Unternehmen die Pläne komplett auf Null gesetzt und 42 % kürzen ihre Budgets. Als Folge der starken Unterauslastung spielen Erweiterungsinvestitionen bei der Planung fast keine Rolle mehr. Dagegen haben Produktinnovationen für die Entscheidung, in was investiert wird, deutlich zugelegt. Mit 41 % der Nennungen hat dieses Motiv seinen bisherigen Höchststand vom Sommer 2006 (42 %) nur knapp verfehlt.

Fazit

Die Trends lassen folgende grundlegenden Aussagen zu:

- Die weltweiten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur haben gegriffen und die Abwärtsspirale wurde durchbrochen. Die Rezession ist überwunden und die Unternehmen fassen langsam wieder Fuß.
- Die wirtschaftliche Schwächephase ist noch lange nicht vorbei. Wir rechnen mit einer wellenförmigen Erholung. Die derzeitige Stabilisierung ist überwiegend auf die weltweiten staatlichen Konjunkturprogramme zurückzuführen. Ein selbsttragender Aufschwung ist aber bislang nicht in Sicht. Gefahren für die weitere Entwicklung lauern insbesondere in der Kreditversorgung der Wirtschaft, der

steigenden Zahl von Unternehmensinsolvenzen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit, die nicht nur den privaten Konsum belasten, sondern auch die Lohnnebenkosten erhöhen wird. Auch das Auslaufen der Konjunkturmaßnahmen birgt Risiken: Werden sie zu früh und insbesondere zu schnell zurückgefahren, steigt die Gefahr für weitere, scharfe Konjunkturreinbrüche erheblich.

- In den vergangenen Monaten wurde immer wieder die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft kritisiert. Zwar hat Bayern mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um -6,6 % einen äußerst scharfen Konjunkturreinbruch erlebt. Es hat jedoch auch zuvor überproportional vom weltweiten Boom profitiert. Und aktuell zeigt sich deutlich: Eine Erholung versprechen sich die Unternehmen überwiegend vom anspringenden Auslandsgeschäft, während die Binnenkonjunktur die Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Monaten eher bremsen dürfte. Die Unternehmen wissen selbst am besten, wo Marktchancen liegen. Mit ihrer Investitionsbereitschaft in neue Produkte legen sie jetzt den Grundstein für zukünftiges Wachstum. Daher brauchen wir keine Gängelung der Exportwirtschaft, sondern müssen im Gegenteil Barrieren abbauen. Der Außenwirtschaftsausschuss der IHK hat ein Papier verfasst, in dem die

wichtigsten Vorschläge zusammengefasst sind. Sie finden die Vorschläge bei Ihren Unterlagen.

Wirtschaft braucht neue Rahmenbedingungen

Aus Sicht der Wirtschaft muss die Politik vor allem diese Aufgaben anpacken: Die Flexibilität des Arbeitsmarkts erhöhen, den Haushalt konsolidieren und die Investitionen ausbauen.

Wünschenswert wäre vor allem, Themen wie die notwendige Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ideologiefrei anzugehen. Denn wir sprechen nicht über sozialen Kahlschlag, sondern darüber, wie Beschäftigung dauerhaft gesichert und aufgebaut werden kann. Als eines der größten Investitionshindernisse in Deutschland wird von den Unternehmen und in internationalen Studien die restriktive Arbeitsmarktgesetzgebung genannt. Ein Beispiel: Angesichts der weiterhin unsicheren konjunkturellen Entwicklung schrecken Unternehmen zurück, bislang befristeten Beschäftigten einen unbefristeten Vertrag anzubieten. Eine Verlängerung der sachgrundlosen Befristung statt bislang zwei auf zukünftig vier Jahre – wie dies übrigens bereits für Existenzgründer gilt – könnte eine ebenso wirksame Brücke zur Beschäftigungssicherung darstellen wie die Regelungen zur Kurzarbeit.

Aber auch der Kündigungsschutz muss gelockert werden. Dies ist für Arbeitslose alles andere als unsozial: Denn er hilft einseitig den Beschäftigten, in dem er Fluktuation reduziert. Warum sind Arbeitslose in Deutschland überdurchschnittlich lange ohne Beschäftigung? Werden mehr Stellen frei, bieten sich auch mehr Möglichkeiten für Jobsuchende. Dies erhöht die Effizienz, denn für jeden Job kann leichter der passende Bewerber gefunden werden.

Die Sanierung des Staatshaushalts ist der zweite große Posten und sicherlich die schwierigste Hausaufgabe, die die Politik angehen muss. Und dies kann nur durch eine konsequente, auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer rigorosen Ausgabendisziplin gelingen.

Den richtigen Zeitpunkt für zukünftige Sparmaßnahmen zu finden, ist in der derzeitigen Situation sicher nicht einfach. Denn keinesfalls darf damit die konjunkturelle Erholung abgewürgt werden. In keiner Weise schädlich ist jedoch, die entsprechenden Pläne bereits jetzt zu erstellen und im Koalitionsprogramm festzuschreiben.

So könnte bereits jetzt entschieden werden, an den Subventionsabbau mit der Rasenmähermethode heranzugehen, denn die prozentuale Kürzung aller Subventionen scheint aus unserer Sicht die einzig erfolgversprechende Methode zu sein. So sind die Unternehmen durchaus bereit, auf Steu-

erausnahmeregelungen zu verzichten, wenn sie dadurch ein einfacheres Steuersystem bekommen.

Die dritte große Aufgabe für die Politik sehen wir darin, Investitionen in Bildung und Forschung auszubauen. Denn sie stärken die Wachstumskräfte und generieren spätere Einnahmen.

Insbesondere bei der Forschungsförderung hat Deutschland Nachholbedarf. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Unternehmen ihre Produktinnovationen vorantreiben. Das könnte noch viel schneller für Wachstum sorgen, wenn sie sich nicht mit aufwendigen Anträgen für mögliche Förderprogramme aufhalten müssten, sondern sich – wie in zwei Drittel aller OECD-Staaten – grundsätzlich auf eine steuerliche Forschungsförderung stützen könnten.

Auch innovationsfeindliche Elemente im Steuerrecht müssen abgebaut werden. Dazu zählen standortschädliche Elemente der Unternehmenssteuerreform, wie die Besteuerung der Funktionsverlagerung, die Einführung der Zinsschranke sowie die Begrenzung des Verlustvortrags. Bei der Erbschaftsteuer wäre die beste Reform, sie ersatzlos zu streichen. Dabei handelt es sich nicht um Steuergeschenke, sondern darum den angeblich „Beschenkten“ weniger wegzunehmen!

Laut OECD ist der Anteil der gesamten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 4,8 % immer noch deutlich geringer als in vielen anderen Industriestaaten. Mit Investitionen in Bildung meine ich dabei nicht, dass Wände im Schulhaus gestrichen werden. Politische Rahmenbedingungen müssen dafür sorgen, dass alle Kinder vom Bildungssystem profitieren können und nicht von vornherein beispielsweise durch Herkunft, Elternhaus oder andere Kriterien ausgeschlossen werden. Das fängt bei der frühkindlichen Spracherziehung an, geht über eine Ausstattung von Schule mit modernen Unterrichtsmitteln bis hin zu einem international wettbewerbsfähigen Hochschulsystem.

Meine Damen und Herren, die bayerische Wirtschaft hat oft genug bewiesen, dass sie aus Krisen gestärkt hervorgehen kann. Die Unternehmen sind bereits mitten drin in der Zukunftsplanung. Die Politik sollte diesem Beispiel folgen.